
**Sperrfrist: 6. September 2008, 12:00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!**

„Erinnern und Verstehen“

Tag der Heimat 2008

**Rede der
Präsidentin Erika Steinbach MdB
am 6. September 2008
im Internationalen Congress Centrum Berlin**

Anrede und Begrüßung!

Mit unserem Tag der Heimat erinnern wir an millionenfache Schicksale und an die Heimat. Wir erfahren jeden Tag über die Nachrichten von neuen Vertreibungen weltweit. Wir wollen deshalb auch der heutigen jungen Generation den Wert von Heimat vermitteln und alle Menschen dazu aufrufen, Vertreibungen weltweit zu ächten.

Vertreibung war und ist kein legitimes Mittel von Politik, sondern ein Verbrechen!

Dieser Tag ist nicht nur ein Tag der Vertreibungsoffer, sondern er geht auch oder gerade die von diesem Schicksal verschonten Deutschen an.

Die Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen wurden in eine schreckliche Kollektivhaftung genommen für ein Regime und einen Krieg obwohl sie dafür nicht mehr oder weniger verantwortlich gewesen sind, als die in West- und Mitteldeutschland Lebenden.

Darum ist es gut, dass die Bundesregierung alljährlich zum Tag der Heimat die Beflaggung der öffentlichen Gebäude anordnet.

Heute vor 60 Jahren war der Zweite Weltkrieg mehr als drei Jahre vergangen. Aber noch immer rollten Viehwaggons mit Vertriebenen in West- und Mitteldeutschland ein.

Und noch andere Transporte erreichten Westdeutschland.

In der erste Ausgabe der „Welt am Sonntag“ mit Datum 1. August 1948 war unter der Überschrift „Frauen aus Sibirien, Erste Rückkehrer nach dreijähriger Zwangsarbeit“ zu lesen: „Aus 3 ½ jähriger schwerster Zwangsarbeit im Gefangenenlager bei Tscheljabinsk ... kehrten am Samstag 370 deutsche Frauen, die 1945 verschleppt wurden ... zurück. Sie haben in Kohlebergwerken, Ziegeleien, beim Straßenbau ... gearbeitet. Fünf Tonnen Kohle pro Tag mussten geschleppt werden und an sogenannten Stachanowtagen das Doppelte... . Die Frauen stammen aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern. Im Lager lebten sie völlig isoliert und ohne jede Verbindung zur Außenwelt. Die Hälfte von ihnen sei im Lager vor Erschöpfung und Hunger gestorben“. So der Zeitungsbericht.

In der gleichen Ausgabe war auf der Titelseite veröffentlicht: „12 Jahre Gefängnis für Alfred Krupp“. Zur Urteilsbegründung führte der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg u.a. die Beschäftigung von ausländischen zivilen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen an, so wie in zahllosen Prozessen davor. In diesen Urteilen war völlig ausgeblendet, dass Amerikaner und Briten Stalin ausdrücklich zugestanden hatten, Zivilpersonen zur Zwangsarbeit zu deportieren und unmenschlich auszubeuten. Zweierlei Maß!

Millionen Vertriebene mussten vor ihrer Vertreibung Zwangsarbeit leisten. Nicht nur für Russland, sondern auch für Polen, die Tschechoslowakei oder Jugoslawien. Mittel-, Ost- und Südosteuropa war über viele Jahre auch nach dem Krieg noch eine gigantische Sklavenhalter-Region.

Der Krieg war vorbei, Hitlers Schreckensherrschaft beendet – Menschenrechte aber waren noch immer in weiten Teilen Europas unbekannte Vokabeln. Geläufig waren Rache und Vergeltung. Frauen und Kinder wurden davon nicht ausgenommen.

Wenn wir heute über die Vertreibung der Deutschen lesen und hören, könnte man glauben, diese Menschenrechtsfrage bezöge sich nur auf Polen oder die Tschechische Republik. Es ist weitgehend aus dem Blickfeld geraten, dass es diese Schicksale für Deutsche in nahezu allen mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern gegeben hat.

Art und Umfang der Vertreibungen waren höchst unterschiedlich. Auch das gegen deutsche Zivilisten wirksame Gewaltpotenzial war nicht einheitlich. Es reichte von spontanen Racheakten über Gewalt aus Habgier bis hin zu vorsätzlich geplanten und systematischen Vernichtungsaktionen und mündete dann in die Vertreibung aus der Heimat, die inzwischen für manche zu einem Alptraum geworden war.

Sie, sehr verehrter Erzbischof Zollitsch, haben persönlich erlebt, was es bedeutete, der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien anzugehören.

Der Untergang der deutschen Volksgruppen in Jugoslawien gehört mit Sicherheit zu dem Grausamsten, was es in der Mitte des 20. Jahrhunderts gegeben hat. Die Dramatik dieses Geschehens speiste sich nicht allein aus dem Zweiten Weltkrieg, sondern aus der Zerrissenheit dieser Balkanstaaten und einem doppelten Konfliktpotential, dem nationalen und dem religiösen.

Der Untergang der deutschen Minderheit ist eng verknüpft mit der Gewalt unterschiedlicher Partisanengruppen. Sie richtete sich sowohl gegen die deutsche und italienische Besatzungsmacht oder gegen deutsche Zivilisten als auch gnadenlos gegeneinander.

Nicht alleine das Töten, sondern Folter und entsetzliche Verstümmelung vor der Liquidierung waren bereits ab 1941 an der Tagesordnung.

Die Reaktionen der italienischen und deutschen Wehrmacht waren mit Geislerschießungen brutal, drastisch und trotzdem hilflos.

In dieser furchterregenden Gemengelage lebten die Volksdeutschen. Die wehrfähigen Männer wurden ohne die Chance eines Ausweichens unterschiedslos nicht zur Deutschen Wehrmacht eingezogen, sondern zur Waffen-SS. Freiwilligkeit war reine Theorie.

In Deutschland gibt es nicht viele Menschen, die mit dem Begriff AVNOJ etwas verbinden können.

Woher auch sollen sie wissen, dass sich hinter diesem Kürzel der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ verbirgt. Kopf dieser Partisanen war Josip Broz, uns besser unter dem Namen Tito bekannt.

Für Tito war all das willkommener Anlass, sich der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien ein für alle mal zu entledigen, sie auszurotten.

Konrad Adenauer, zu Tito befragt, sagte lapidar: „Ein ganz gewöhnlicher Verbrecher.“

Den formellen Beschluss zur völligen Entrechtung aller in Jugoslawien lebenden Bürger deutscher Abstammung fasste der AVNOJ am 21. November 1944. Er erklärte diese Bürger Jugoslawiens kollektiv zu Volksfeinden, die zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, wohl aber alle staatsbürgerlichen Rechte verloren. Für alle, die nicht rechtzeitig die Flucht ergriffen hatten, begann eine Zeit des Schreckens. Von den knapp 200.000 in ihrer Heimat verbliebenen Zivilpersonen wurden 170.000 in Lagern interniert. Von ihnen gingen 55.000 durch Mord, Misshandlungen und Hunger sowie an Mangelkrankheiten zugrunde, darunter mehr als 6.000 Kinder unter 14 Jahren. Viele dieser Lager waren nichts anderes als Todeslager. Die größten waren im Banat Rudolfsgnad und Molidorf, in der Batschka Jarek, Gakowa und Kruschiwl, in Syrmien der Ort Syrmisch-Mitrowitz mit der Seidenfabrik und in Slawonien Kerndia und Walpach.

Es übersteigt das menschliche Vorstellungsvermögen, was sich in diesen Lagern abgespielt hat. Als ich das erste Mal Zeitzeugenberichte nachlas, hat es mir über Nächte hinweg den Schlaf geraubt.

Zuvor waren schon Tausende Zivilpersonen ermordet worden. Jeder Dritte der in der Heimat verbliebenen Deutschen verlor zwischen 1944 und 1948 das Leben.

Es war, daran besteht für den jugoslawischen Bereich kein Zweifel, Völkermord. Damit fand die vielhundertjährige Siedlungsgeschichte der Deutschen auf dem Balkan ein grauenhaftes Ende.

Heute gibt es einen konstruktiven Dialog der überlebenden Deutschen aus Jugoslawien mit den jeweiligen Regierungen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Es gibt eindrucksvolle würdige Gedenkstätten an den Massengräbern der großen Vernichtungslager. Sie wurden im Zusammenwirken von Überlebenden mit den zuständigen Regierungen errichtet.

Am 20. September wird in Syrmisch-Mitrowitz am Lager „Seidenfabrik“ eine weitere Erinnerungsstätte für 2.000 deutsche Opfer in Massengräbern eingeweiht.

Das ist tröstlich und ein gutes Zeichen. Dieses Miteinander lässt - wie in einigen anderen Nachbarländern auch - auf eine gemeinsame versöhnte Zukunft hoffen.

Ungarn ist seit dem Fall des Eisernen Vorhangs seiner Verantwortung für die Vertreibung der Ungarndeutschen vorbildlich gerecht geworden. Die Gedenkkonferenz des ungarischen Parlaments am 16. November 2007 zur Erinnerung an die Vertreibung der Ungarndeutschen war bislang einzigartig in der Wertegemeinschaft Europas.

Die ungarische Parlamentspräsidentin Katalin Szili hat aus diesem Anlass in der ungarischen Nationalversammlung vor den Mitgliedern aller im Parlament vertretenen ungarischen Parteien, vor den Repräsentanten der ungarndeutschen Landsmannschaft und der deutschen Minderheitenvertretung betont, dass sie diese Gedenkkonferenz „als moralische Pflicht erfüllt“. „Es sei dringend nötig gewesen“,

so sagte sie, „dass diese Entschuldigung am Ort der unsäglichen Entscheidung der ungarischen Regierung im Dezember 1945 geschehe ... Im 21. Jahrhundert muss ich mich als Parlamentarierin der Verantwortung der Vertreibung stellen. „Nie wieder“ ist der Ruf, der nachhallen muss“, betonte Frau Szili in ihrer ergreifenden Rede.

Die Ehrenplakette unseres Verbandes, die ich ihr dort überreichen konnte, hat Frau Szili sehr verdient.

Seitens mehrerer europäischer Regierungen gibt es Gesten des Mitgeföhls, der Anteilnahme und der Erkenntnis. Aber es gibt –leider – auch das Gegenteil davon.

Bis zum heutigen Tage.

Schweigen hilft diesen Ländern aber nicht weiter.

Peter Glotz hat sehr prägnant, so wie es seine Art war, in seinem letzten Buch „Von Heimat zu Heimat“ festgestellt:

„Wir haben nicht vergessen, wer den Zeiten Weltkrieg angefangen hat – Hitler, und zwar mit Zustimmung vieler Deutscher. Das heißt aber nicht, dass es Täter- oder Opfervölker gäbe. Jedes Volk ist eine vertrackte Mischung aus Tätern, Mittätern, Mitläufern und Opfern...“

Die Vertreibung war, was immer die Siegermächte im August 1945 beschlossen haben, ein Verbrechen Gegen Ende unseres Lebens wollen wir, die Flüchtlinge und Vertriebenen des Jahres 1945 darüber offen reden und uns unseres Schicksals vergewissern. Das lassen wir uns nicht verbieten Ich lasse mir nicht einreden, dass eine korrekte Darstellung der Vertreibung ... und die Forderung, die unschuldigen Opfer dieser Vertreibung nicht zu vergessen, auf eine Rehabilitierung der Nazis und auf eine Beschuldigung der Nachbarvölker hinausliefe...

Es wird kein politisches Europa geben, solange man einige europäische Völker wie sanfte Irre behandelt, mit denen offen zu diskutieren der Therapie widerspricht.“

Peter Glotz hat es auf den Punkt gebracht.

Besonders bedrückt, ja empört hat ihn bis zu seinem viel zu frühen Tode die aggressive Haltung der, wie er es nannte, deutschen „Babyboom-Linken“ zu unserer Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV), deren Co-Vorsitzender er vom ersten Gründungstag an war.

Gerade aber diese Ablehnung des ZgV durch etliche deutsche Linke und etliche deutsche Rechte – ja, beides gibt es – macht eines deutlich:

Die so hochgelobte Integration der deutschen Heimatvertriebenen ist mental und intellektuell noch immer nicht abgeschlossen.

Andreas Kossert hat in seinem Buch „Kalte Heimat“ einen sehr prägnanten und alle Facetten beleuchtenden Überblick über diesen schwierigen Weg des zwangsweisen Miteinanders der Alt- und Neubürger gegeben.

So richteten im Oktober 1945, wie er dokumentierte, die Südschleswiger eine Petition an Feldmarschall Montgomery worin sie eindringlich baten, das Land Südschleswig so bald wie möglich von den Flüchtlingen zu befreien. Begründung: „Dieser Strom von Fremden aus den Ostgebieten droht unseren angestammten nordischen Charakter auszulöschen und bedeutet die seit Jahrhunderten ernsthafteste Gefahr für unser Volk.“ Irgendwie kommen einem solche Argumente bekannt vor.

Meine Mutter, die mit uns zwei Kindern nach der Flucht über die Ostsee in Schleswig-Holstein einquartiert wurde, hörte bei ihrer Bitte um ein Fläschchen Milch für meine todkranke kleine Schwester von dem Bauern lapidar „Ihr seid ja schlimmer als die Kakerlaken“.

Unsere Schicksalsgefährten in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, hatten es noch schwerer als die im Westen Deutschlands gelandeten. Ihre Vertreibung war über Jahrzehnte tabuisiert, als Gruppe durften sie sich weder organisieren noch artikulieren. Sie waren über mehr als 40 Jahre in doppelter Hinsicht Opfer des Zweiten Weltkrieges.

Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen war keine lineare Erfolgsgeschichte, sondern für viele eine zusätzliche bittere Leidenserfahrung.

Dass wenigstens die soziale Integration in den meistens Fällen gelungen ist, dazu trug der absolute Wille der Vertriebenen bei, irgendwie wieder wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen, sich nicht resigniert in eine Ecke zu setzen, die Ärmel hochzukrempeln und ganz einfach anzupacken. Hinzu kam der Wille, sich politisch einzumischen und dieses Land mitzugestalten. In allen demokratischen Parteien haben sich Vertriebene herausragend engagiert.

Die heutigen Vertriebenenendebatten sind Teil eines Klärungsprozesses, der immer noch nicht abgeschlossen ist, der aber zur Integration gehört. Die heftigen Abwehrreflexe sind das Indiz dafür. Zu diesem Klärungsvorgang hat unsere Stiftung ZgV maßgeblich beigetragen.

Diese Gründung durch den BdV war eine große gesellschaftspolitische Leistung. Wir haben dadurch eine höchst lebendige Debatte entfacht. Sie war und ist in Teilen kontrovers, aber im Ergebnis notwendig und fruchtbar. Fruchtbar nicht nur für uns Vertriebene, sondern mehr noch für die ganze deutsche Gesellschaft.

Unser Stiftungsziel, ein vollständiges und wahrhaftiges deutsches und auch europäisches Geschichtsbild zu erreichen und die Bedeutung des kulturellen Erbes der Vertriebenen für unser Land für alle sichtbar zu machen, ist ein großes Stück näher gerückt.

Die Publikationen der letzten Jahre spiegeln das wider.

Wir wollen, dass das Schicksal der deutschen Vertriebenen in unserer Hauptstadt sichtbar wird.

Wir wollen zur Identitätsfindung im eigenen Lande beitragen.

Durch unsere Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ist es mehr als 60 Jahre nach Kriegsende gelungen, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass eine Erinnerungsstätte in Berlin geschaffen werden muss.

Für die Erlebnisgeneration ist es am Ende eines sehr schweren Lebens tröstlich, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes haben wird.

Mit der Einweihung und Arbeitsfähigkeit dieses Dokumentationszentrums wird ein weiterer Schritt zur Vollendung der Integration der Heimatvertriebenen und zum Zusammenwachsen unserer Gesellschaft geleistet werden können.

Im Bundeskabinett ist am Mittwoch der Gesetzentwurf dazu beschlossen worden. Das Deutschlandhaus in der Stresemannstraße ist ein wirklich guter Ort für dieses Erinnerungs- und Dokumentationszentrum. Einen richtigen Namen hat dieses Kind jetzt auch. Der Arbeitstitel „Sichtbares Zeichen“ ist abgelöst: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wird diese Stiftung der Bundesregierung künftig heißen.

Darin spiegeln sich unsere Anliegen treffend wider.

Der BdV wird mit drei Sitzen im entscheidenden Gremium vertreten sein. Wer uns vertritt, das werden alleine wir bestimmen. Darüber gab es von Anfang an Einigkeit sowohl mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch mit Staatsminister Neumann. Die Bundeskanzlerin hat mir und auch dem gesamten Präsidium des BdV gegenüber sehr deutlich gemacht, dass es das selbstverständliche Recht unseres Verbandes ist, solche Entscheidungen autonom zu treffen.

Anderslautende Berichte treffen nicht zu.

Mit der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erlöschen nicht die Aufgaben des BdV und des ZgV. Das ZgV wird und muss weiter treibende Kraft bleiben. Wir wollen und müssen aufrütteln und weiter sensibilisieren.

Im kommenden Jahr wird unsere Stiftung deshalb eine Ausstellung über die Kultur- und Siedlungsgeschichte der Deutschen außerhalb des Reiches hier in Berlin zeigen.

Heimat, der Tag der Heimat, ist für uns Vertriebene nicht Abschottung und geistige Enge, sondern Offenheit und der Blick über die Grenzen. Bewahrung der eigenen Kultur und Begegnung mit den Kulturen unserer Nachbarn. Heimat ist für uns verbunden mit vielfältigen Erinnerungen oder den Erzählungen der Eltern oder Großeltern, aber auch dem Willen und dem Wunsch auf gute Nachbarschaft, trotz der Schrecknisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Unser Verband ist überparteilich und steht mit seinen Millionen Mitgliedern in der Mitte der Gesellschaft. Wir lassen uns weder von Linksaußen noch von Rechtsaußen missbrauchen. Beide politischen Extreme hatten und haben Menschenrechte immer mit Füßen getreten.

Und wir lassen uns durch noch so drastische Formulierungen und noch so schrille Töne, die Ausdruck verhärteter Herzen sind, nicht provozieren.

Wir wollen den Weg der Wahrheit und der Versöhnung.

In den Ländern, aus denen uns bis heute uneinsichtige, ja verletzende Stimmen erreichen, baue ich auf die junge Generation, die genau wie wir offene und freundschaftliche Kontakte sucht und dabei auch auf der Suche nach Wahrheit ist.

Ein Europa, in dem die Menschen in Frieden und Verständnis füreinander leben können, wächst nur durch Offenheit und Wahrheit zusammen. Das müssen auch alle diejenigen wissen, die in Deutschland ihre Bedenken hegen und pflegen. Die Brücken zwischen unseren europäischen Völkern werden um so tragfähiger sein, je offener und teilnehmender wir den Dialog führen. Dazu muss es gemeinsames Anliegen sein, den Schutt der Geschichte beiseite zu räumen und aus den Trümmern Neues zu erbauen.